

öffentliche N I E D E R S C H R I F T

VERTEILER:

Körperschaft	: Stadt Norderstedt	
Gremium	: Hauptausschuss, HA/040/ IX	
Sitzung am	: 15.08.2005	
Sitzungsort	: Rathausallee 50, 22846 Norderstedt Sitzungsraum 2	
Sitzungsbeginn	: 18:15	Sitzungsende : 22:40

Öffentliche Sitzung

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung

Das Ergebnis der Beratung ergibt sich aus den Anlagen, die Bestandteil dieser Niederschrift sind.

Genehmigt und wie folgt unterschrieben:

Vorsitzende/r	: gez.	Günther Nicolai
Schriftführer/in	: gez.	Kristin Langhanki

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 15.08.2005

Sitzungsteilnehmer

sonstige

Kahlsdorf, Jens
Krogmann, Marlis
Paschen, Charlotte

Verwaltung

Stadtvertreter
Stadtvertreterin
Stadtpräsidentin

Becker, Siegried
Bosse, Thomas
Evers, Kai-Jörg
Fenneberg, Ralf Peter
Freter, Harald Dr.
Kalz, Elke
Krenzer, Jan
Langhanki, Kristin
Müller-Baran, Rüdiger
Petersen-Sielaf, Manuela
Rapude, Jens
Rickers, Holger
Seyferth, Joachim
Syttkus, Wulf-Dieter
Thum, Antje
Zug, Rainhard

Amt 10
Zweiter Stadtrat
Abt. 106
Abt. 102
Erster Stadtrat
Abt. 102
Amt 68
Abt. 102, Protokoll
Amt 32
Abt. 101
Abt. 103
Amt 68
Abt. 324
Amt 20
Abt. 321
Amt 14

Teilnehmer

Berg, Arne - Michael
Grote, Hans-Joachim
Hagemann, Holger-W.
Hahn, Sybille
Lange, Jürgen
Limbacher, Manfred
Matthes, Uwe
Paschen, Herbert
Paustenbach, Johannes

Oberbürgermeister

Reinders, Anette
Schlichtkrull, Rainer
Vorsitz

Nicolai, Günther

Entschuldigt fehlten
Teilnehmer

Algier, Ute

Sonstige Teilnehmer

4
VERZEICHNIS DER
TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 15.08.2005

Öffentliche Sitzung

**TOP 1 :
Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit**

**TOP 2 :
Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung**

**TOP 3 :
Einwohnerfragestunde**

**TOP 4 : B 05/0271
Zuweisung an Vereine und Verbände; hier: Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein**

**TOP 5 : B 05/0279
Haushalt 2006/2007; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 14**

**TOP 6 : B 05/0259
Haushalt 2006/2007; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 16**

**TOP 7 : B 05/0278
Haushalt 2006/2007; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 32**

**TOP 8 : B 05/0263
Haushalt 2006/2007; Stellenplan und Teilbudget des Amtes für Gebäudewirtschaft**

**TOP 9 : B 05/0273
Haushalt 2006/2007; Stellenplan und Teilbudget der Gremien, Dezernenten und des Amtes 10**

**TOP 10 :
Berichte und Anfragen - öffentlich**

**TOP
10.1 :
Bericht der Stadtpräsidentin - Verwendung Spende Tsunami-Opfer**

**TOP
10.2 :
Zwischenstand Große kreisangehörige Stadt**

TOP M 05/0292

10.3 :

Bericht des Oberbürgermeisters - Entwicklung des Gewerbesteuersolls

TOP M 05/0210

10.4 :

Bericht des Oberbürgermeisters - Auswirkung der LKW-Maut auf Norderstedt

TOP M 05/0251

10.5 :

Bericht des Oberbürgermeisters - Wilde Plakatierung; hier: Anfrage aus der Sitzung des Hauptausschusses am 23.05.2005

TOP M 05/0250

10.6 :

Bericht des Oberbürgermeisters - Plakatschilder für Bundestagswahl; hier: Anfrage aus der Sitzung des Hauptausschusses am 13.06.2005

TOP

10.7 :

Bericht des Oberbürgermeisters - Bevölkerungsfortschreibung Mai - Juli 2005

TOP

10.8 :

Bericht des Oberbürgermeisters - Über- und Außerplanmäßige Ausgaben 2. Quartal 2005

TOP

10.9 :

Anfrage Herr Kahlsdorf - Wirtschaftlichkeitsprüfung TriBühne

TOP

10.10 :

Anfrage Frau Hahn - Kulturcafé Aurikelstieg

TOP

10.11 :

Anfrage Herr Matthes - Höhe der allgemeinen Rücklage

TOP

10.12 :

Anfrage Herr Nicolai - Themen im Hauptausschuss

TOP

10.13 :

Anfrage Herr Nicolai - Ein-Euro-Jobs

Nichtöffentliche Sitzung

TOP 11 : B 05/0285

Auftragsvergabe EDV, hier: Finanzinformationssystem

TOP 12 :

Berichte und Anfragen - nicht öffentlich

TOP

12.1 :

Bericht zur Großen Kreisangehörigen Stadt

TOP

12.2 :

Bericht des Oberbürgermeisters - Kulturcafé Aurikelstieg

TOP

12.3 :

Bericht des Oberbürgermeisters - Verwaltungszusammenarbeit

TAGESORDNUNGSPUNKTE

Körperschaft	: Stadt Norderstedt
Gremium	: Hauptausschuss
Sitzungsdatum	: 15.08.2005

TOP 1: Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende Herr Nicolai begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Ladung sowie die Beschlussfähigkeit bei derzeit 11 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

TOP 2: Beratung und Beschlussfassung zur Tagesordnung

Abstimmung:
Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

TOP 3: Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

TOP 4: B 05/0271 Zuweisung an Vereine und Verbände; hier: Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein

Herr Matthes stellt folgenden Änderungsantrag:
„Die FDP – Fraktion beantragt, die Zuweisung an die Verbraucherzentrale nicht zu zahlen.“
Abstimmung zum Änderungsantrag: Bei 1 Ja-Stimme und 10 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Der Hauptausschuss bittet die Verbraucherzentrale einvernehmlich, bei künftigen Anträgen detaillierter darzustellen, wie die Restmittel zur Finanzierung der Verbraucherzentrale in Norderstedt zusammengesetzt sind (z.B. Drittmittel vom Land).
Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Beschluss

Der Hauptausschuss beschließt, der Verbraucherzentrale Schleswig-Holstein e. V. für das Jahr 2006 einen Zuschuss in Höhe von €11.000 für die Fortführung der Aufklärung und Beratung der Verbraucher in Norderstedt zu gewähren.

Verwendungsnachweise sind vorzulegen.

Die Mittel i.H.v. €11.000,- sind für die Haushaltsstelle 0200.70000 im Entwurf zum Haushalt 2006/2007 eingeworben und stehen vorbehaltlich der entsprechenden Beschlussfassung zur Verfügung.

Abstimmung:

Bei 10 Ja-Stimmen sowie 1 Nein-Stimme mehrheitlich angenommen.

TOP 5: B 05/0279

Haushalt 2006/2007; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 14

Der Ausschuss diskutiert die Möglichkeiten zu einer evtl. veränderten Vorgehensweise zu den Beratungen der Haushaltsvorlagen.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 20.45 – 20.55 Uhr.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Beschluss

Der Hauptausschuss beschließt:

1. die in der beigelegten Listen aufgeführten Stellenplanveränderungen für den Stellenplan 2006/2007 gegenüber dem Stellenplan 2004/2005
2. gemäß des als Anlage beigelegten Fachbereichsbudgets des Amtes 14
 - 2.1. die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2006/2007

Abstimmung:

Bei 7 Ja-, 0 Nein-Stimmen sowie 4 Enthaltungen einstimmig angenommen.

TOP 6: B 05/0259

Haushalt 2006/2007; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 16

Frau Reinders beantragt, die Stelle 16.1 nicht herabzugruppieren.

Der Oberbürgermeister Herr Grote verweist auf die Zuständigkeit des Oberbürgermeisters hierzu gem. § 65 Abs. 1 GO.

Abstimmung zum Änderungsantrag: Bei 4 Ja- und 7 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Beschluss

Der Hauptausschuss beschließt:

3. die in der beigefügten Listen aufgeführten Stellenplanveränderungen für den Stellenplan 2006/2007 gegenüber dem Stellenplan 2004/2005
4. gemäß des als Anlage beigefügten Fachbereichsbudgets des Amtes 16
 - 4.1. die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2006/2007

Abstimmung:

Bei 6 Ja-, 4 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.

TOP 7: B 05/0278

Haushalt 2006/2007; Stellenplan und Teilbudget des Amtes 32

Die Verwaltung weist darauf hin, dass sich aufgrund der Bundestagswahl 2005, welche ursprünglich für 2006 eingeplant war, entsprechende Veränderungen ergeben. Ferner wird darauf hingewiesen, dass eine Verpflichtungsermächtigung im Bereich der Feuerwehren nicht in Anspruch genommen wird. Beide Veränderungen werden als **Anlage 1** zu Protokoll gegeben.

Das Rechnungsprüfungsamt merkt an, dass die Haushaltsstelle 1300.9501 ggf. mit einem Sperrvermerk zu versehen ist, da noch keine ausreichenden Unterlagen zur Erläuterung vorliegen. Der Oberbürgermeister Herr Grote widerspricht diesem, da die Veranschlagung der Mittel gem. § 9 GemHVO erst bei der Beschlussfassung in der Stadtvertretung erfolgt.

In der Anlage 5, Erläuterungen zum Budget, muss die Ziff. 4 aufgrund der fehlenden Bezeichnung der Haushaltsstelle wie folgt ergänzt werden (Fettdruck)

4. Vermögenshaushalt

„...“

Ratenzahlungen der Rüst- und Gerätewagen.

HHSt. 1300.95010 - Baukosten Feuerwehrtechnisches Zentrum:

Die Dienstwohnungen werden benötigt um die Verfügbarkeit des Einsatzpersonals ...“

Frau Reinders beantragt, die Haushaltsstelle illegale Beschäftigung (1100.26030) weiterhin getrennt zu führen.

Abstimmung zum Antrag: Bei 1 Ja-Stimme, 6 Nein-Stimmen sowie 4 Enthaltungen abgelehnt.

Beschluss

Der Hauptausschuss beschließt unter Berücksichtigung der vom Amt 32 vorgelegten Veränderungen:

1. die in der beigefügten Liste aufgeführten Stellenplanänderungen für den Stellenplan 2006/2007 gegenüber dem Stellenplan 2004/2005
2. gemäß des als Anlage beigefügten Fachbereichsbudget des Amtes 32
 - 2.1 die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2006/2007
 - 2.2 die Ansätze des Vermögenshaushaltes für den Grundhaushalt 2006/2007
 - 2.3 die Ansätze des Investitionsprogramms für den Grundhaushalt 2006/2007

Abstimmung:

Bei 6 Ja-, 3 Nein-Stimmen sowie 1 Enthaltung mehrheitlich angenommen.
Frau Reinders nimmt nicht an der Abstimmung teil.

TOP 8: B 05/0263

Haushalt 2006/2007; Stellenplan und Teilbudget des Amtes für Gebäudewirtschaft

Frau Hahn bittet darum, bei den Planstellen der Sportplatzwarte (Ifd. Nr. 32-34 im Ifd. Haushaltsjahr) jeweils einen „kw-Vermerk“ aufzunehmen. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Verwaltung gibt einen Nachtrag zu den Rentnerwohnungen als **Anlage 2** zu Protokoll gegeben, ferner wird eine Korrektur zur Personalkostenverrechnung im Haushalt 2006 / 2007 als **Anlage 3** beigefügt.

Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Beschluss

Der Hauptausschuss beschließt unter Berücksichtigung der vom Amt 68 eingebrachten Veränderungen:

1. die in der beigefügten Liste aufgeführten Stellenplanveränderungen für den Stellenplan 2006/2007 gegenüber dem Stellenplan 2004/2005
2. gemäß des als Anlage beigefügten Fachbereichsbudget des Amtes für Gebäudewirtschaft
 - 2.1 die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2006/2007
 - 2.2 die Ansätze des Vermögenshaushaltes für den Grundhaushalt 2006/2007
 - 2.3 die Ansätze des Investitionsprogrammes

für den Grundhaushalt 2006/2007

Abstimmung:

Bei 6 Ja-, 0 Nein-Stimmen sowie 5 Enthaltungen einstimmig angenommen.

Es folgt eine Sitzungsunterbrechung von 21.20 – 21.30 Uhr.

TOP 9: B 05/0273

Haushalt 2006/2007; Stellenplan und Teilbudget der Gremien, Dezernenten und des Amtes 10

Die Verwaltung weist daraufhin, dass die Portokosten bei der Haushaltsstelle 0600.16170 aufgrund der vorgezogenen Bundestagswahl auf €3.000,- reduziert werden kann.

Herr Nicolai bittet um eine Erläuterung zur HH-Stelle 0600.165000: Einrichtungen für die gesamte Verwaltung, Erstattung Verwaltungskosten Stadtwerke:

Über diese HH-Stelle werden Erstattungen der Stadtwerke vereinnahmt, die für allgemeine Leistungen der Stadtverwaltung pauschal gezahlt werden. Auf der anderen Seite werden von der Stadt Leistungen der Stadtwerke erstattet (z. B. Abwasserinkasso über Ausgabehaushaltsstelle 7000.67500 im Budget Abwasserbeseitigung).

Fragen der Mitglieder werden beantwortet.

Beschluss

Der Hauptausschuss beschließt unter Berücksichtigung der von der Verwaltung eingebrachten Veränderungen:

1. die in der beigelegten Liste aufgeführten Stellenplanveränderungen für den Stellenplan 2006/2007 gegenüber dem Stellenplan 2004/2005
2. gemäß des als Anlage beigelegten Fachbereichsbudget **Gremien**
 - 2.1 die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2006/2007
 - 2.2 die Ansätze des Vermögenshaushaltes für den Grundhaushalt 2006/2007
3. gemäß des als Anlage beigelegten Fachbereichsbudget **Dezernenten**
 - 3.1 die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2006/2007
4. gemäß des als Anlage beigelegten Fachbereichsbudget **Hauptamt**
 - 4.1 die Ansätze des Verwaltungshaushaltes und der Finanzplanung für den Grundhaushalt 2006/2007

4.2 die Ansätze des Vermögenshaushaltes für den Grundhaushalt 2006/2007

4.3 die Ansätze des Investitionsprogramms für den Grundhaushalt 2006/2007

Abstimmung:

Bei 7 Ja-, 2 Nein-Stimmen sowie 2 Enthaltungen mehrheitlich angenommen.

TOP 10:

Berichte und Anfragen - öffentlich

TOP

10.1:

Bericht der Stadtpräsidentin - Verwendung Spende Tsunami-Opfer

Die Stadtpräsidentin Frau Paschen berichtet über die Verwendung der Gelder, die der Johanniter-Auslandshilfe zum Aufbau einer Trinkwasserversorgung in Sri Lanka nach der Flutkatastrophe vom Dezember 2004 zur Verfügung gestellt worden sind (**Anlage 4**).

TOP

10.2:

Zwischenstand Große kreisangehörige Stadt

Die Verwaltung berichtet zum Sachstand der Umsetzung bzgl. der „Großen Kreisangehörigen Stadt Norderstedt“ (**Anlage 5**).

TOP M 05/0292

10.3:

Bericht des Oberbürgermeisters - Entwicklung des Gewerbesteuersolls

	2004	+/-	2005	+/-
Jahresauf. B.	32.300		33.802	
Januar	42.532	10.232	40.462	6.660
Februar	45.054	2.532	43.635	3.173
März	45.389	325	51.806	8.171
April	45.713	324	54.320	2.514
Mai	48.536	2.823	50.176	-4.144
Juni	49.273	737	52.394	2.218
Juli	47.925	-1.348	51.448	-946
August	48.062	137		
September	50.179	2.117		
Oktober	50.030	-149		
November	50.153	123		
Dezember	49.831	-322		
HH-Ansatz	48.000		48.000	

TOP M 05/0210

10.4:

Bericht des Oberbürgermeisters - Auswirkung der LKW-Maut auf Norderstedt

Sachverhalt

Der Oberbürgermeister Herr Grote gibt als Beantwortung auf die Anfrage von Herrn Nicolai im Hauptausschuss vom 23.05.2005 den folgenden Sachverhalt in Bezug auf eine inhaltlich deckungsgleiche Anfrage von Herrn Wagner vom 19.05.2005 im Ausschuss für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr zu Protokoll:

In der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Umwelt und Verkehr am 19.05.2005 fragte Herr Wagner an, ob es bei der Verwaltung Erkenntnisse gibt, die belegen, dass durch die Einführung der LKW-Maut auf der Autobahn (BAB 7) jetzt LKW's durch Norderstedt fahren.

Hierzu kann der Fachbereich Verkehrsflächen und Entwässerung Folgendes mitteilen:

Es ist definitiv nicht ausgeschlossen und auch bereits punktuell verkehrstechnisch bewiesen, dass bundesweit auf unterschiedlichen autobahnparallelen Verkehrswegen der Schwerlastverkehrsanteil zugenommen hat.

Diese Begebenheiten haben aber erfahrungsgemäß unterschiedliche Gründe und müssen jeweils im Einzelfall genau betrachtet, bzw. analysiert werden.

So kann im Ausnahmefall sicherlich auch die Einführung der LKW-Maut hierfür als Erklärung herangezogen werden. Eine andere Begründung kann aber z. B. auch die Neuansiedlung von Produktionsbetrieben, die unzureichende Leistungsfähigkeit eines bestimmten Autobahnabschnittes oder eine langanhaltende Ausbau- /Sanierungsmaßnahme sein.

Auch in der Stadt Norderstedt wird vorwiegend nach entsprechenden Berichten in der Presse oder in den Rundfunkmedien von einzelnen Bürgerinnen und Bürgern deshalb die Behauptung aufgestellt, dass nur auf Grund der LKW-Maut eine Verkehrszunahme erfolgt ist.

Regelmäßig werden diese gefühlsbetonten Aussagen auch noch in einem Zusammenhang mit den Themen "Lärmschutz" und "CO-2-Belastung" genannt.

Geht man dieser Behauptung zunächst unbestimmt nach, würde dies bedeuten, dass der weiträumig verkehrende Transport von Gütern, der bisher über die Autobahn (BAB 7) gelenkt wurde, nunmehr über leistungsfähige (autobahnparallele) Straßen des Vorbehaltnetzes der Gemeinden und Städte in Schleswig-Holstein stattfindet.

Vor dem Hintergrund des enormen Zeitverlustes für diese Umgehungsfahrten erscheint eine derartige Strategie der Güterbeförderung insbesondere aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten nicht sinnvoll.

Auf das Norderstedter Straßennetz bezogen kämen folgende "mautfreie" Straßen in Betracht:

- B 432 (Ohechaussee und teilweise Segeberger Chaussee)
- K 113 (auch Schleswig-Holstein-Straße)
- Friedrichsgaber Weg
- Ulzburger Straße

Diese Alternativstrecken stehen in unmittelbarem Zusammenhang mit der BAB 7 deren Leistungsfähigkeit in den vergangenen Monaten durch Sanierungsarbeiten eingeschränkt war, bzw. ist (z. B. eingeschränkter Elbtunnel, Deckensanierung nördlich der Anschlussstelle Quickborn). Allein durch diese Baumaßnahmen können bereits Verlagerungsdefekte eintreten. Ein weiterer Faktor ist die Konzentration der stadtweiten Mautstellen auf den Tankstellen entlang der Ohechaussee, Segeberger Chaussee und Ulzburger Straße, was zwangsläufig zu einer Verkehrszunahme auf den genannten Straßen führen könnte.

Darüber hinaus verfolgt der Bundesverkehrsminister weiterhin den sechsspurigen Ausbau der Bundesautobahn 7, um die ohnehin geringe Leistungsfähigkeit dieser Autobahn zu erhöhen und damit die Attraktivität dieser Nord-Süd-Verbindung zu steigern. Abnahme von LKW-Verkehren zwischen Hamburg und Neumünster sind jedenfalls aus dem Bundesverkehrsministerium nicht vermeldet worden.

Ungeachtet dieser Tatsachen wurden nach Einführung der LKW-Maut auf dem Norderstedter Stadtgebiet punktuelle Verkehrserhebung durchgeführt. Für folgende o. g. Querschnitte liegen bereits Vergleichswerte im Schwerverkehrsanteil vor:

Friedrichsgaber Weg

VEP	2004	3% LKW-Anteil gemäß Analyse
April	2005	3,2 % LKW-Anteil gemäß Zählung

K113

VEP	2004	8 % LKW-Anteil gemäß Analyse
Februar	2005	6,8 % LKW-Anteil gemäß Zählung

Als Ergebnis bleibt dem zufolge festzuhalten, dass die Hauptamtliche Verwaltung zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht bestätigen kann, dass auf Grund der LKW-Maut eine Verkehrszunahme auf dem Norderstedter Stadtgebiet eingetreten ist.

Es liegen allerdings keine gesicherten Erkenntnisse auf der Ulzburger Straße, Schleswig-Holstein-Straße und der Segeberger Chaussee vor. Dies setzt allerdings nahezu uneingeschränkte Verkehrsverhältnisse (zu mindest auf der BAB 7) voraus.

Auf Grund oben beschriebener Einflussfaktoren wird in diesen Streckenabschnitten (aber auch auf dem Friedrichsgaber Weg und der K113) eine Kontrolle (punktuelle Verkehrszählung) nach Beendigung der Verkehrsbeeinträchtigung durchgeführt.

Sollten sich hieraus evtl. Feststellungen ergeben, die von der bisherigen oben genannten Einschätzung abweichen, wird der Fachbereich Verkehrsflächen unaufgefordert darüber berichten.

TOP M 05/0251

10.5:

Bericht des Oberbürgermeisters - Wilde Plakatierung; hier: Anfrage aus der Sitzung des Hauptausschusses am 23.05.2005

Herr Nicolai hat im Namen von Herrn Gerhard Lüdtker, Glashütter Damm 62, 22850 Norderstedt, eine Anfrage zur wilden Plakatierung gestellt.

Mit Schreiben vom 16.06.2005 an Herrn Gerhard Lüdtker wurden die Fragen beantwortet.

Der Inhalt des Schreibens wird nachfolgend dem Hauptausschuss bekannt gegeben:

Sehr geehrter Herr Lüdtker,
am 23.05.2005 hat Herr Nicolai als Vorsitzender des Hauptausschusses in Ihrem Namen einige Beobachtungen zur ungenehmigten Plakatierung im Stadtgebiet mitgeteilt und dazu einige Fragen aufgeworfen.

Ich möchte Ihnen darauf folgende Antwort geben:

Die Werbung mit Plakaten und/oder Anschlägen im Bereich der öffentlichen Straßen und Wege ist nach dem Straßen- und Wegegesetz des Landes Schleswig-Holstein (StrWG) eine Nutzung (ein Gebrauch), die über den Gemeingebrauch hinausgeht; es handelt sich also um eine Sondernutzung.

Für diesen über den Gemeingebrauch hinausgehenden Gebrauch der öffentlichen Straßen und Wege hat sich die Stadt Norderstedt mit der „Satzung über die Sondernutzung an Gemeindestraßen und Ortsdurchfahrten sowie die Erstattung von Mehrkosten (Sondernutzungssatzung)“ eine Rechtsnorm gegeben, nach der die Werbung mit Plakaten oder Anschlägen genehmigt oder abgelehnt werden kann und muss.

Um die genehmigten von den nicht genehmigten Plakatierungen unterscheiden zu können, hat sich die Stadtverwaltung dazu entschlossen, die genehmigten Plakate von den Aufstellern mit aufklebbaren Plaketten versehen zu lassen. Dadurch ist eine bessere Kontrolle gewährleistet.

Gleichwohl kommt es immer wieder vor, dass Plakate ungenehmigt aufgehängt bzw. aufgestellt werden oder eine wesentlich größere Anzahl von Plakaten aufgestellt werden, als

genehmigt worden sind. Von einem „illegalen Zuplatatieren“, wie Sie es nennen, kann jedoch meiner Meinung nach keine Rede sein.

Ich möchte jedoch ausdrücklich darauf hinweisen, dass von der Verwaltung nur die Plakatierung genehmigt werden kann, die im Bereich der öffentlichen Straßenfläche erfolgen soll bzw. erfolgt; ebenso werden lediglich die ungenehmigten Plakatierungen von der Verwaltung verfolgt, die sich im Bereich der öffentlichen Straßenfläche befinden.

Die von Ihnen geschilderte Werbung an Hauswänden fällt also nicht darunter, ebenso wie Plakate an privaten Zäunen, Einfriedigungen, Bauzäunen auf privaten Flächen usw.

Durch die Aufstellung von Plakaten direkt an den Grundstücksgrenzen, auf den Vorplätzen der Grundstücke usw. entsteht oft der Eindruck, als würden diese Plakate im öffentlichen Bereich stehen. In diesen Fällen ist eine genaue Überprüfung erforderlich, um das Vorhandensein im öffentlichen oder privaten Bereich feststellen zu können.

Ihre Ausführung, dass Plakate teilweise weit über den Genehmigungszeitraum hinaus hängen bleiben, trifft leider zu. In den schriftlichen Genehmigungen zur Sondernutzung ist die Auflage enthalten, die Plakate innerhalb von drei Tagen nach Ablauf des Genehmigungszeitraumes zu entfernen.

Es ist allerdings kaum möglich, das gesamte Stadtgebiet daraufhin zu kontrollieren. Insofern ist die Verwaltung auch auf Hinweise und Mitteilung der Bürger angewiesen. Den entsprechenden Hinweisen wird dann nachgegangen und die Antragsteller werden unverzüglich zur Beseitigung aufgefordert. Für den Fall, dass die Entfernung nicht erfolgt, werden solche Plakate vom Bauhof abgenommen und eingesammelt. Ebenso entfernt der Bauhof Plakate, die nicht den Auflagen entsprechend aufgestellt, aufgehängt oder befestigt sind.

Die von Ihnen angesprochenen rein privaten „Notrufe“ an Straßenbäumen wie „Katze entlaufen“, „Schlüssel verloren“ usw. können nach dem geltenden Ortsrecht nicht genehmigt werden. Die Befestigung derartiger Mitteilungen oder Aufrufe an Bäumen, Lichtsignalanlagen u. ä. ist nicht erlaubt. Eine ständige Überprüfung und Verfolgung solcher Mitteilungen ist jedoch fast unmöglich.

Ich hoffe, dass aus diesen Äußerungen zu erkennen ist, dass die Verwaltung bereits Grundlagen geschaffen hat, um eine ordnungsmäßige Plakatierung zu erreichen und mit den Genehmigungen den Antragstellern gegenüber Auflagen macht, die ebenfalls zu einem ordnungsmäßigen Ablauf der Plakatierungen führen sollen.

Bitte informieren Sie die Verwaltung, wenn Sie ungenehmigte Plakatierungen oder auch über den Veranstaltungszeitraum hinaus vorhandene Plakate feststellen, damit den Fällen entsprechend nachgegangen werden kann.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage

gez. Bosse
Thomas Bosse
Zweiter Stadtrat

TOP **M 05/0250**
10.6:

Bericht des Oberbürgermeisters - Plakatschilder für Bundestagswahl; hier: Anfrage aus der Sitzung des Hauptausschusses am 13.06.2005

Herr Schlichtkrull hat angefragt, ob zur möglichen Bundestagswahl im September erneut die Plakatschilder zur Verfügung gestellt werden.

Antwort:

Ja, da bisher kein anderslautender Beschluss vorliegt.

TOP

10.7:

Bericht des Oberbürgermeisters - Bevölkerungsfortschreibung Mai - Juli 2005

Der Oberbürgermeister Herr Grote gibt die Bevölkerungsfortschreibungen für die Monate Mai bis Juli 2005 als **Anlage 6** zu Protokoll.

TOP

10.8:

Bericht des Oberbürgermeisters - Über- und Außerplanmäßige Ausgaben 2. Quartal 2005

Der Oberbürgermeister Herr Grote gibt die Übersicht der über- und außerplanmäßigen Ausgaben für das 2. Quartal 2005 als **Anlage 7** zu Protokoll.

TOP

10.9:

Anfrage Herr Kahlsdorf - Wirtschaftlichkeitsprüfung TriBühne

Herr Kahlsdorf gibt folgende Anfrage zu Protokoll:

1. Wie ist der derzeitige Stand der Wirtschaftlichkeitsprüfung zur TriBühne?
2. Wann ist mit einem Ergebnis zu rechnen?
3. Wer ist mit der Durchführung der Wirtschaftlichkeitsprüfung beauftragt?
4. Welche Kriterien werden zur Ermittlung der Wirtschaftlichkeit herangezogen?

TOP

10.10:

Anfrage Frau Hahn - Kulturcafé Aurikelstieg

Frau Hahn fragt nach dem am heutigen Tage begonnenen Abbruch des Kulturcafé Aurikelstieg.

Die Verwaltung wird hierzu im nichtöffentlichen Teil antworten.

TOP

10.11:

Anfrage Herr Matthes - Höhe der allgemeinen Rücklage

Herr Matthes fragt nach dem aktuellen Stand der allgemeinen Rücklage.

Die Verwaltung antwortet, dass sich derzeit ca. €4 Mio in der allgemeinen Rücklage befinden.

TOP

10.12:

Anfrage Herr Nicolai - Themen im Hauptausschuss

Herr Nicolai bittet darum, dass Themenwünsche für die Behandlung im Hauptausschuss durch die Fraktionen beim Hauptamt, Frau Langhanki (Tel. 040 535 95 489) angemeldet werden können.

TOP

10.13:

Anfrage Herr Nicolai - Ein-Euro-Jobs

Herr Nicolai bittet die Verwaltung darum, das Thema „Ein-Euro-Jobs“ für den Hauptausschuss für eine Behandlung vorzubereiten.

